

Kirchenstreit in der Union**Kardinal Meisners Helfer mischen die CDU auf***Eine Analyse von Gerd Langguth*

Ärger für Angela Merkel: Die Gründung eines "Arbeitskreises Engagierter Katholiken in der CDU und CSU" weckt böse Erinnerungen an frühere Grabenkämpfe zwischen Katholiken und Protestanten. Entzückt ist allein der erkonservative Kölner Kardinal Meisner.

In der Union herrscht Unruhe. Unzufriedene CDU- und CSU-Mitglieder haben eine "Marktlücke" in der eigenen Partei entdeckt und ohne rechtzeitige Information der Parteivorsitzenden Angela Merkel eine Initiative namens "Arbeitskreis Engagierter Katholiken in der CDU und CSU (AEK)" ins Leben gerufen. Das klingt harmlos, ist aber brisant. Denn der überkonfessionellen Union droht eine Debatte über die Rolle der Kirchen und der Konfessionen innerhalb der Partei. Bei Merkel und ihrem Generalsekretär Hermann Gröhe müssen die Alarmglocken klingeln.

Jetzt hat Joachim Kardinal Meisner, Kölns katholischer Oberhirte, endlich einmal an einer Entwicklung in der CDU Wohlgefallen: Jahrelang geißelte er die CDU, sie habe die Prinzipien der katholischen Glaubenslehre verlassen; er predigte, ihr müsse das "C" in ihrem Namen entzogen werden. Die Gründung des "AEK" ließ den Oberfundamentalisten der katholischen Amtskirche frohlocken: Er sei "sehr froh über die Initiative einiger katholischer CDU- und CSU-Freunde", teilte er mit.

Der Namenskürzel "AEK" orientiert sich an dem "Evangelischen Arbeitskreis" (EAK) von CDU und CSU - weshalb spöttisch schon von einer "Buchstabentravestie" gesprochen wird.

Schon seit langem gibt es ein Grummeln bei manchen katholischen Parteimitgliedern, etwa als Angela Merkel in aller Öffentlichkeit den Papst wegen seiner Entscheidung in Sachen "Piusbrüder" kritisierte. Die ostdeutsche Protestantin Merkel hatte wohl die Wirkung dieser Papstkritik in Teilen ihrer Partei unterschätzt. Ihre zahlreichen Gespräche, Vorträge vor katholischen Akademien und sogar ein Anruf beim Papst ließen die Kritik von Fundamentalisten an der CDU-Parteibasis nicht verstummen.

Die Protestanten antworteten prompt

Mitten in der Wahlkampfzeit veröffentlichte das CDU-Mitglied Martin Lohmann, der eigentliche Organisator des AEK, eine Schrift, die direkt auf Angela Merkel zielte: "Eine wiederverheiratete geschiedene protestantische Frau ist halt auch im Blick auf das 'C' nicht mit Ansprüchen zu konfrontieren, die für Konrad Adenauer noch selbstverständlich waren." Meisner, der einst kritisierte, dass Merkel - seinerzeit noch Generalsekretärin ihrer Partei - ohne Trauschein mit einem Mann zusammenlebte, wird auch das mit Wohlgefallen gelesen haben.

In der "Evangelischen Verantwortung", dem Organ des EAK, folgte eine zornige Replik auf Lohmann: "Hier schreibt sich einer gleichsam alles vom Leibe, was sein schöngefärbtes und heiles Weltbild ins Wanken zu bringen droht." Hier werde einer an der CDU irre, "weil er selber letztlich einen irregeleiteten Zugang zur Grund- und Gesamtproblematik hat und alles nur noch durch eine einseitige Brille der eigenen, milieugebundenen Befangenheiten zu sehen vermag". Das ist zweifellos starker Tobak - Verbote einer neuen, interkonfessionellen Auseinandersetzung innerhalb der Union?

Den "AEK"-Gründern ist ein Dorn im Auge, dass es einen Evangelischen Arbeitskreis gibt, eine vergleichbare katholische Repräsentanz aber fehlt. Doch das erklärt sich aus der Geschichte der Union: Der EAK wurde im Einvernehmen mit der Parteispitze 1952 gegründet, als die CDU noch den Ruf einer "katholischen Partei" hatte. Gründunginitiator war der ehemalige Bundestagspräsident Hermann Ehlers, ein Mann der Bekennenden Kirche und damit Gegner des Nazi-Regimes. Nachdem der führende protestantische Politiker Gustav Heinemann, der im ersten Kabinett Adenauer

Innenminister war, von diesem Amt bereits 1950 zurück- und 1952 aus der CDU austrat, dann die "Gesamtdeutsche Volkspartei" (GVP) gründete, bestand für die Unionsparteien die Gefahr, dass dieses Signal Heinemanns eine Sogwirkung auf viele evangelische Wähler entfalten könnte. Er wurde 1969 für die SPD Bundespräsident.

Gründung ohne Absprache mit der Führung

Die AEK-Gründung hingegen ist eine Initiative ohne Absprache mit der CDU-Parteiführung. Wenige Stunden vor einer Pressekonferenz fand ein Gespräch des CDU-Generalsekretär Gröhe mit dem AEK-Gründer Lohmann statt, der seinem verdutzten Parteifreund die Planungen mitteilte.

Lohmann beklagt, inzwischen dominiere nicht mehr der "rheinische Katholizismus" die Union, sondern es gebe heute "eher das umgekehrte Gefühl", dass die CDU "zu sehr vom Protestantismus dominiert" sei. Auf den ersten Blick wird er sogar bestätigt: Angela Merkel, ihr Parteigeneralsekretär Hermann Gröhe und der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sind evangelisch. Die Lohmann-Anwürfe lassen eine längst verloren geglaubte Konfessionszählarithmetik wieder aufleben: So sind aber alle vier Stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Roland Koch, Christian Wulff, Jürgen Rüttgers und Annette Schavan katholisch.

Geht man auf die Ebene der Ministerpräsidenten, so sind es fünf, die evangelisch sind, nämlich Ole von Beust (Hamburg), Peter Harry Carstensen (Schleswig-Holstein), Wolfgang Böhmer (Sachsen-Anhalt), Günther Oettinger bzw. bald Stefan Mappus (Baden-Württemberg) und die neue Ministerpräsidentin Thüringens, Christine Lieberknecht. Katholisch sind die bereits genannten Ministerpräsidenten Koch, Wulff und Rüttgers sowie Peter Müller (Saarland), Stanislaw Tillich (Sachsen), ferner Horst Seehofer (Bayern). 49,4 Prozent der CDU-Mitglieder sind katholisch. 31 Prozent evangelisch, in der CSU sind etwa 85 Prozent katholisch. Im nordrhein-westfälischen Landeskabinett beispielsweise sind mit Ausnahme der Kultusministerin Barbara Sommer alle Unionsminister katholisch.

Prominente Katholiken fehlen

Trotz der Säkularisierung, die auch die CDU erreichte, gibt es keine andere Partei, die so sehr mit den Amtskirchen in ihnen so wichtigen Grundfragen (Kirchensteuer, theologische Fakultäten, Gottesbezug in der Verfassung) übereinstimmt. Innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gibt es einen katholischen "Kardinal-Hoeffner-Kreis". Der Kirchenbeauftragte der Fraktion gehört traditionell der katholischen Kirche an.

Gelegentlich kann aber der Zorn der Amtskirche besonders engagierte Katholiken treffen, etwa Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung und Mitglied des Zentralkomitees der Katholiken, die in der Stammzellenfrage nicht nach den Vorgaben ihrer Kirche handelte.

Gehörten dem Gründungskreis des EAK 1952 viele prominente Unionspolitiker (neben Ehlers Eugen Gerstenmeier, Gerhard Schröder, Kai-Uwe von Hassel, Werner Dollinger) an, so kann man das umgekehrt von der katholischen Initiative nicht sagen. Deren Galionsfiguren dürften sich aus unterschiedlichen Motiven der katholischen Sache hingeben. Beim ehemaligen bayerischen Staatsminister Thomas Goppel, einem durchaus liberal-katholischen und intellektuellen Landtagsabgeordneten, dürfte der Frust über die Nicht-Wiederberufung in das Landeskabinett den Ausschlag für die Übernahme des bayerischen Sprecheramts gegeben haben. Auffällig ist, dass ansonsten im AEK-Gründungskreis kein überregional bekannter Politiker Mitglied ist, auch wenn ein Europaabgeordneter und ein CSU-Bundestagsabgeordneter auf der Liste der Gründer stehen.

Die Neugründung wird im Konrad-Adenauer-Haus abgelehnt

Die einzig wirklich herausragende und einer größeren Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeit des Gründungskreises ist ein Nicht-Politiker, nämlich Notker Wolf, Abtprimas der Benediktiner, der jedoch auf der Liste als Nicht-CDU-Mitglied geführt wird. Hervorgetreten ist auch der Trierer Professor für christliche Gesellschaftslehre, Wolfgang Ockenfels, dessen differenzierten Positionen gleichwohl den

Eindruck vermitteln, als ginge es ihm um die Re-Zentrierung der CDU und der Politik.

Der katholische Arbeitskreis will mit dem Evangelischen Arbeitskreis gleichziehen, der eine "Sondervereinigung" der CDU mit statuarischem Charakter ist. Damit hätte die katholische Initiative ein Antragsrecht auf Parteitagen, könnte über ein Büro, einen eigenen Informationsdienst etc. verfügen. Will Lohmann, bis 2004 Chefredakteur einer Zeitung, gar als neuer AEK-Geschäftsführer in das Konrad-Adenauer-Haus einziehen?

Im Konrad-Adenauer-Haus wird die Gefahr einer Konfessionsspaltung innerhalb der Partei gesehen. Eine Gleichbehandlung mit den Evangelischen in der CDU setzte eine Änderung der Parteisatzung voraus. Gegen den Willen der Parteivorsitzenden und ihres Generalsekretärs dürfte es keine Mehrheit auf einem Bundesparteitag geben.

Die Hoffnung der CDU-Führung ist, dass sich durch ihre öffentliche Nichtbeachtung die neue Initiative totlaufen könnte. Wer aber einige handelnde Personen kennt, wird diese Hoffnung als trügerisch einschätzen müssen.

URL:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,667126,00.html>

MEHR AUF SPIEGEL ONLINE:

[Kommentar zur schwarz-gelben Krise: Countdown für den Neustart \(24.12.2009\)](#)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,668887,00.html>

[Arbeitslosenversicherung: FDP und CSU wettern gegen höhere Sozialbeiträge \(24.12.2009\)](#)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,668950,00.html>

[Insolvenzen: Wirtschaft kämpft mit Multimilliarden-Pleitewelle \(24.12.2009\)](#)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,668983,00.html>

© SPIEGEL ONLINE 2009

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH